Bundeshuus-Wösch

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **113 (1987)**

Heft 30

PDF erstellt am: **03.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Schuldigen sind gefunden

Kein Herz für wilde Tiere hat der Bundesrat, soll doch im Bündnerland der Hirschbestand von 15 000 Tieren schussweise in einer Hexenjagd, pardon: Hegejagd, auf 10 000 «Stück» reduziert werden. Ein Bundesbeamter namens Blankenhorn hat zur Jagd geblasen. (Das ist kein Witz, sondern der eidgenössische Jagdinspektor!) Auch den wahren Urgrund, die edlen Hirsche für vogelfrei zu erklären, hat der Bundesrat bekanntgegeben: Die Hirsche nämlich sind schuld am fortschreitenden Waldsterben.

Mitgehangen in Auberts Klemme

Nachdem Ende 1986 der damalige Leiter des Katastrophenhilfskorps, Eduard Blaser, von Bundesrat Aubert seines Amtes enthoben wurde, ohne dass Blaser vorher angehört worden wäre, ergab nun der inzwischen angefertigte Untersuchungsbericht, dass Blaser nichts vorzuwerfen sei, womit diese Entlassung gerechtfertigt werden könnte. Ganz im EDA-Stil wurde auch diese Feststellung wieder einmal nur hintenherum ruchbar – via Indiskretion über die *Weltwoche*. Die *NZZ* mutmasst in einem Kommentar sogar, diese Art der Veröffentlichung eines unter Verschluss gehaltenen Berichtes sei vom Departement Aubert absichtlich so eingefädelt worden. So oder so: Aubert ist nun in der Klemme, wie er der Öffentlichkeit sein damaliges vorschnelles Vorgehen bei Blasers Entlassung erklären soll. Am 12. August muss das zunächst gegenüber dem Bundesrat geschehen. Der hat nämlich – im Vertrauen auf Auberts Darstellung – des Aussenministers Handlungsweise immer gutgeheissen. Mit Aubert hangen nun auch die Kollegen etwas schitter in der Sache drin.

Saurer Schlamm

Mitten in die Sauregurkenzeit platzt der Boykott-Aufruf der Zuckerrübenbauern, künftig als Protestaktion gegen die bundesrätlichen Preiszugeständnisse im Agrarbereich keinen Klärschlamm mehr zu übernehmen. Diese Protestaktion eröffnet einen neuen politischen Stil – die Bundesräte werden künftig ihre Hausgärten so einzurichten haben, dass sie jederzeit in der Lage sind, Schutt und Schlamm frustrierter Bürger umweltgerecht gleich hinterm eigenen Haus zu lagern. Die Schlammschlacht als politische Disziplin ist bekanntlich keine neue Erfindung: Bereits im Vorfeld der Wahl von Bundesrätin Kopp gab es diese Form des politischen Hosenlupfs.

Referenden auf Vorrat

Peter Clavadetscher, Direktor des Gewerbeverbandes in Bern, will das Volk zur Urne zwingen. Sein Aktivismus, der darauf schliessen lässt, dass es ihm ernst ist mit seiner Kandidatur für den Nationalrat, macht vor nichts halt. Eben erst haben er und die Seinen das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung eingereicht, worüber im Dezember abgestimmt wird, und alsogleich die nächsten beiden Referenden bereits öffentlich bekanntgemacht. Erstens ein Referendum gegen erhöhte Lohnabzüge zur Finanzierung der 10. AHV-Revision und zweitens das Referendum gegen die Sozialcharta, die im Nationalrat auf dem besten Weg ist, ratifiziert zu werden.

Zum Wohlsein

Die hochsommerliche Nachrichtenflaute im Bundeshaus dient allen Bundesämtern dazu, nun endlich ihre sorgsam gehüteten Statistiken loszuwerden, auf dass sie anderntags die spärlichen Seiten der sommerlich geschwächten Zeitungen füllen. So vernahm man dieser Tage, dass immer mehr Bauern über einen Berufsabschluss verfügen, dass der Kanton Zug immer noch helvetisches Steuerparadies ist, dass der Schutzraumbau in ländlichen Gebieten nicht mit städtischen Agglomerationen gleichziehen kann und dass nach wie vor sehr viele Schweizer ihrem Heimatland Ade sagen und auswandern. Aufschlussreich war immerhin die Begründung: Vielen Schweizern sei es im eigenen Land schlicht und einfach zu eng geworden. Der Auftrag ans zuständige Bundesamt für Raumplanung wird klar: Raum schaffen für beengte Schweizer – das Bundesamt für Geistiges Eigentum sorgt parallel für die fürs Wohlbefinden nötigen *geistigen* Freiräume ...

Langsamer Schnellschuss

Der Zürcher CVP-Nationalrat Paul Eisenring findet völlig zu recht, dass die Autobahnreparaturen viel zu langsam vonstatten gehen. Der Staus überdrüssig, hat er seinen Einfluss wahrgenommen und an höchster Stelle des Landes interveniert. Hochoffiziell fordert Eisenring den Bundesrat auf, die Bauarbeiter der Kantone zur Eile anzutreiben. Die Autofahrer dürfen aufatmen, jetzt geht sicher etwas, und wie schnell, zeigt ein Blick auf das ordentliche Verfahren, das solche Postulate erfahren: In der Sommersession eingereicht, wird der Bundesrat bis Ende September eine schriftliche Stellungnahme unterbreiten müssen. Wenn alles gut geht, dann kann das Postulat am 9. Oktober 1987 im Parlament zur Behandlung kommen und an den Bundesrat überwiesen werden. Im nächsten Frühjahr ungefähr wird wohl der Bundesrat den Kantonsregierungen einen Brief schreiben, und bis diese dann die bundesrätliche Aufforderung an die Autobahnbauer weitergeleitet haben, werden die Baumaschinen wahrscheinlich von allein das Feld geräumt haben ...

Lisette Chlämmerli

Verbrecher an der Natur